



## **Europa muss sozial sein – oder es wird nicht sein**

### **Resolution der EUCDA für den Kongress der EVP 30/31. März 2006 in Rom**

Der Europäische Einigungsprozess weckt – vor allem mit Blick auf das zu schwach ausgeprägte „soziale Europa“ – bei vielen Menschen heute mehr Ängste als Hoffnungen. Die einseitige Ausrichtung auf „Liberalisierung“ und europaweitem „Wettbewerb“ wecken bei vielen Menschen die Befürchtung, es gehe bei diesem Projekt weniger um die Sicherung des Friedens als um den Profit. Die Chancen, die das friedliche Zusammenleben so vieler verschiedener Völker und Kulturen bietet, werden zu häufig von einer rein ökonomischen Denkweise überlagert.

Besondere Sorge verursachen die ständigen Forderungen nach Senkung der Kosten für die Unternehmen, die durch ihre Wiederholung nicht richtiger werden. Die Menschen fühlen sich mit der Absicherung der Risiken von Krankheit und Alter allein gelassen. Europa wird identifiziert mit allen negativen Auswirkungen der „Globalisierung“.

Zugespielt auf die sozialen Sicherungssysteme ist im Sinne der betroffenen Menschen ist zu fragen: Ist das Niveau der Renten wirklich hoch genug? Ist das Gesundheits- und Pflegesystem von der Qualität, die eine wohlhabende Wirtschaft sich leisten sollte und die die betroffenen Menschen brauchen? Sogar innerhalb der erwarteten Ausgabensteigerungen werden die wachsenden Wirtschaften uns mit einem Füllhorn von privatem und sozialem Reichtum versorgen. Wir sind zu einer Wohlstandsgesellschaft geworden und können weiter wachsen als eine reiche Gesellschaft, die auch einen ausreichenden Wohlfahrtsstaat garantieren kann.

Auch wenn man darüber nachdenkt, die erste (beitragsfinanzierte) Säule der Sozialversicherung auf eine Grundversorgung zu begrenzen, so tritt die EVP dafür ein, diese so auszugestalten, dass sie das Maß an sozialem Schutz leistet, dass für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist..

Bei der Diskussion über die Verteilung der Kosten sind – ohne ideologische Scheuklappen - sowohl die öffentlichen als auch die privaten Systeme nach den gleichen Kriterien zu messen: Kostenkontrolle und Stimulierung von Beschäftigung. Dabei darf der Blick aber nicht auf die Kostenbelastung der Unternehmen begrenzt sein; er muss vielmehr auch die Belastung der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Eine bloße Verlagerung der Kosten von der einen auf die andere Ebene bringt noch keine substantielle Verbesserung des Systems.

- 2 -

Die EVP tritt dafür ein, dass auch ökonomisch vernünftige Maß zwischen öffentlich und privat finanzierter sozialer Sicherung zu finden.

Die positiven Aspekte des Europäischen Einigungsprozesses - insbesondere des Europäischen Sozialmodells -, in praktische Politik umzusetzen könnte die heutigen "Euroskeptiker" doch wieder von der Europäischen Idee überzeugen. So geht der Europäische Sozialschutz und die Verpflichtung für die Europäische Integration gleichermaßen Hand in Hand.